

Vom Neuanfang in Oberhessen

Jugendhilfeausschuss informiert sich über Lage minderjähriger Flüchtlinge

Gießen (pad). Die nicht immer einfache Lage unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge war unlängst Thema im Jugendhilfeausschuss des Landkreises. Dabei schilderte Zeeshan Ali, der vor zweieinhalb Jahren in die Bundesrepublik kam, vor welche Hindernisse er sich gestellt sieht.

Zunächst aber skizzierten Britta Wendischhoff vom Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD) der Kreisverwaltung und Taraneh Ghasemi die Situation im Kreis. Ghasemi ist zuständig für die Erstaufnahmegruppen unbegleitet einreisender minderjähriger Flüchtlinge, kurz »umF«. Die Kinder und jungen Erwachsenen waren zuvor Monate, manche sogar Jahre unterwegs, um nach Europa zu gelangen. Schlepper und Schleuser transportieren die meisten von ihnen in Containern versteckt, da dieser Weg billiger ist, als jener mit gefälschten Ausweispapieren.

Etlliche Betroffene auf gutem Weg

In Gießen angekommen stehe deswegen die physische und psychische Grundversorgung an erster Stelle. Ghasemi arbeitet für den Caritasverband und begleitet die jungen Flüchtlinge durch das sogenannte Clearing-Verfahren. »Die Kinder kommen oft in einem schlechten Zustand zu uns«, berichtete sie. Sie müssen medizinisch versorgt und mit Kleidung ausgestattet werden. Als Pflichtprozedur steht die erkennungsdienstliche Behandlung bei der Polizei an.

Die psychische Belastung ist hoch: Die jungen Menschen wurden meist mit dem Auftrag nach Europa geschickt, dort Karriere zu machen, damit es »ihnen einmal besser geht als ihren Eltern«. Diese haben dafür an die Schleuser oft beträchtliche Geldbeträge bezahlt. Auf der Reise mussten sie dann zum Teil den Tod von Mitflüchtlingen sowie Folter oder Vergewaltigungen erleben.

50 »umF« sind derzeit in einem Gießener Hotel untergebracht, rund 115 werden insgesamt im Landkreis betreut. Nach zwei bis drei Monaten Wartezeit können sie einen

Platz in einer der fünf Clearing-Gruppen mit 63 Belegplätzen bekommen. Dort entscheidet sich dann, welchem Landkreis sie zugewiesen werden. Nach weiteren zwei bis drei Monaten finden sie ein Zuhause.

Nach einem vom Regierungspräsidium Darmstadt aufgestellten Schlüssel muss der Landkreis Gießen 32 »umF« aufnehmen, erklärte Wendischhoff. Im vergangenen Jahr waren es 19. Derzeit werden insgesamt 31 junge Menschen betreut, acht Mädchen und 23 Jungen, das jüngste Kind ist gerade einmal acht Jahre alt. Die meisten von ihnen kommen aus Afghanistan und Äthiopien, acht leben im Betreuten Wohnen.

Der ASD unterstütze unter anderem bei der schulischen sowie der ausländerrechtlichen Situation, aber auch der Freizeitgestaltung. Ziel sei die Verselbständigung der Jugendlichen. »Die Wissbegier der jungen Menschen ist enorm«, sagte Wendischhoff. Entgegen der häufigen Behauptung werden sie – im Vergleich zu ihren Alterskameraden – selten straffällig. Von 25 betreuten Jugendlichen erreichten 2013 neun einen Hauptschulabschluss, vier einen Realschulabschluss und einer legte das Fachabitur ab, um danach ein Studium zu beginnen. Elf sind weiter in der Schule. Nach dem Schulabschluss haben fünf von ihnen eine Ausbildung begonnen.

19-Jähriger hängt »in der Luft«

Einer von ihnen ist Zeeshan Ali. Der 19-Jährige kam vor zweieinhalb Jahren aus Pakistan. Mithilfe seines Onkels war er vor Gruppen geflüchtet, die Kinder entführen. Seit seiner Ankunft hat er keinen Kontakt mehr zu seiner Familie, weiß nur, dass sie »wohl nach Indien gegangen« sei.

Nach einem Sprachkursus und der Schule begann er vor neun Monaten eine Ausbildung als Koch. Sein Chef ist mit ihm zufrieden. Ali ist fleißig und motiviert. Dennoch hängt er ständig in der Luft: Sein Asylverfahren wurde zweimal abgelehnt. »Ich mache meine Ausbildung, aber ich weiß nicht, ob



Zeeshan Ali (Mitte) am Riversplatz in Gießen im Gespräch mit Britta Wendischhoff und Taraneh Ghasemi. (Foto: pad)

ich hier weiter leben kann. Deshalb kann ich teils nachts nicht schlafen.«

Auch finanziell wird den jungen Menschen ein Knüppel zwischen die Beine geworfen: Sie erhalten wegen der zu kurzen Aufenthaltszeit in Deutschland kein BAföG, das Jobcenter zahlt wegen der Ausbildung nicht, und irgendwie fühlt sich kein Amt dafür verantwortlich, sie finanziell auf diesem Weg zu unterstützen. Von den geringen Lehrlingsgehältern kann aber kaum ein Mensch seinen Lebensunterhalt bestreiten.

Auch der Vorsitzende des Ausschusses, Erster Kreisbeigeordneter Dirk Oßwald, zeigte sich von dieser Lage erschüttert: »Wenn es diese Lücke gibt, muss sie geschlossen werden. Man kann doch nicht jemand von Amts wegen zur Arbeitslosigkeit verpflichten.«

In der weiteren Sitzung stimmte der Jugendhilfeausschuss außerdem dem neuen Mustervertrag für die Vertragsrevision mit den freien Trägern zu.